

## Gefahr von rechts! – Die Identitäre Bewegung

30. Oktober, City Club Hotel Oldenburg, Oldenburg

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung war am 30. Oktober zu Gast in Oldenburg im City Club Hotel Oldenburg für die Podiumsdiskussion „Gefahr von rechts! – Die Identitäre Bewegung“.

**Alexander Bodenstab**, Referent im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, begrüßte die etwa sechzig Anwesenden im Namen der Stiftung, sprach einleitende Worte, in denen er noch einmal darauf aufmerksam machte, dass die Identitäre Bewegung seit Juli vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft werde.



Alexander Bodenstab

**Ulf Prange** MdL bescheinigte dem Thema in seiner thematischen Einführung eine „traurige



Ulf Prange MdL

Aktualität“. Die Angriffe, Sticheleien und historischen Relativierungen von Seiten der AfD beschrieb Prange als einen „schleichenden Prozess“. Die AfD tausche alte Begriffe gegen unverbrauchte Begriffe aus, verhöhne political correctness, nutze klare und einfache Botschaften und wisse besser mit neuen Medien umzugehen. In Oldenburg sorgte der Mandatswechsel innerhalb der AfD-Fraktion für Brisanz. Gerhard Vierfuß, dem Verbindungen zur Identitären Bewegung (IB) nachgewiesen wurden, ist in den Oldenburger Rat nachgerückt. Im Niedersächsischen Landtag breche die AfD gezielt Tabus. Zudem werde bewusst mit

Grenzüberschreitungen provoziert. So wurde das Fest des Niedersächsischen Landtags für politische Propaganda genutzt. Die Me-Too Debatte wurde aufgegriffen, um gegen das Schächten von Tieren zu mobilisieren. „Der Prozess muss uns allen Sorgen machen“, sagte Prange abschließend.

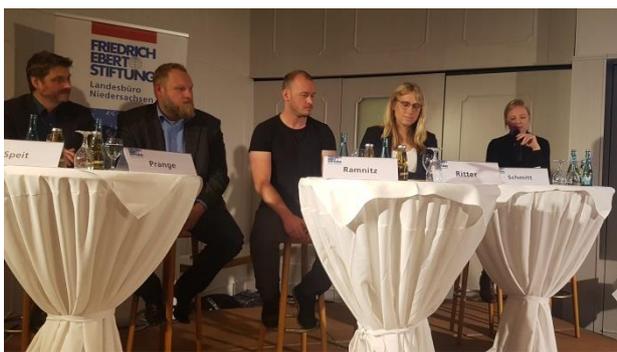
Der Autor und Journalist **Andreas Speit** ging in seinem Impulsvortrag detailliert auf die IB ein. Die IB unterhält ein europaweites Netzwerk. In Deutschland zählt sie 500, in Österreich 300 Mitglieder. In den sozialen Medien und mit ihren Aktionen erreicht sie aber weitaus mehr Menschen. Die IB nutzt Aktionen, wie etwa die Besetzung des Brandenburger Tores 2016, um

Bilder zu schaffen und existent zu sein. Sie bediene sich neurechter Argumentationsmuster und Sprachraffinessen. Für Meinungsfreiheit setze sich die IB nur vordergründig ein, und zwar um ihre Ressentiments zu verbreiten. Auch vom Nationalsozialismus distanzieren sich die IB nur augenscheinlich. Die IB stehe für einen „modern verpackten völkischen Nationalismus, der auf Blut und Boden beruht“. Das Ziel der IB sei die „Remigration aller Eingewanderten seit den Arbeitsmigrant\_innen“, um den Bevölkerungsaustausch zu verhindern. Als Feinde sieht die IB dabei den Parlamentarismus sowie den Liberalismus an. Speit erkennt zudem, wie die „Scham und Scheu der Zusammenarbeit von AfD und IB“ sinkt. Die AfD bezeichnete Speit als „politisches Gravitationsfeld“ neuer rechter Bewegungen. Diese Entwicklung werde vor allem von Andreas Kalbitz, dem Organisator des AfD-Flügels, vorangetrieben. So sei die AfD in Thüringen nicht trotz, sondern wegen ihrer ideologischen Ausrichtung gewählt worden.



Andreas Speit

Nach Speits Vortrag folgte die, von **Cosima Schmitt** moderierte, Podiumsdiskussion. Dafür wurden auch **Kim Ritter** vom ver.di Bildungswerk und **Sebastian Ramnitz**, Referent für Rechtsextremismusprävention, auf die Bühne gebeten. Ramnitz gründete 2006 den Verein ContRa um aktiv gegen rechts vorzugehen, etwa in Schulen. Er berichtete von den anfänglichen Schwierigkeiten, wie etwa dem Misstrauen des Staatsschutzes. Dieser ging zunächst von ContRa als einem verfassungsfeindlichen Verein aus. Ritter registriert eine Enttabuisierung rechter Parolen innerhalb der Gewerkschaften. Rechte Positionen werden durch „geschulte Provokateure“ verbreitet. Ritter sieht die Betriebsräte in der Verantwortung, diskriminierungsfreie Räume zu schaffen. Prange berichtete, dass sich die Diskussion im Landtag



v.l.n.r.: Speit, Prange, Ramnitz, Ritter, Schmitt

über Rechtspopulismus und -extremismus seit dem Einzug der AfD deutlich verändert habe. Außerdem sei die von der IB ausgehende Gefahr auf den ersten Blick nicht erkennbar, was die Bekämpfung und die Präventionsarbeit erschwere.

Anschließend erzählte Speit, wie die IB junge Menschen anspricht. Grundsätzlich seien die

Grenzen des Sagbaren im rechten Spektrum gedehnt worden. Der IB gelinge es zudem, jugendaffine Themen wie den Klimaschutz aufzugreifen. Dieser werde umgewandelt in Heimatschutz, was Speit als „rechten Ökologismus“ bezeichnete. Von den Medien forderte er eine weniger verhaltene und zurückhaltende Berichterstattung über die IB. Die Politik müsse „Agenda Setting der Rechten brechen und aktiv Themen wie Wohnen, Rente und Digitalisierung

ansprechen“. Die demokratischen Kräfte, allen voran die CDU, müssen eine deutliche Grenze zur AfD und IB ziehen.

Außerdem diskutierte das Podium über den Stellenwert von Bildung im Kindes- und Jugendalter. Kritisch sei, dass Rechtsextremismus nicht im Curriculum auftauche. Ramnitz sprach sich dafür aus, weniger leistungsorientiert zu denken und stattdessen Räume für Beziehungen zu schaffen, um so Haltung und Werte zu vermitteln. Jugendsprache wie sie im Hip Hop oder auf Graffitis vorkommt, dürfe nicht kleingeredet werden. Nicht die Jugend sei politikverdrossen, sondern die Politik jugendverdrossen. Prange befürchtet, dass klassische Medienarbeit junge Zielgruppen nicht erreiche. Speit sieht Fortbildungen und Projektwochen wie etwa die REX-Ausstellung der FES als einen guten Ansatz, den es zu erweitern gelte. Denn wer im Bildungsbereich kürze, habe später Probleme. Prange wies darauf hin, dass die Finanzierung von politischen Mehrheiten abhängt. Er plädierte deshalb für eine ganzheitliche Perspektive. Bei dem Thema handele es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Akteure müssen vernetzt werden.

Die letzte Diskussionsrunde wurde mit einer Frage aus dem Publikum initiiert. Gefragt wurde nach der Vernetzung der Rechten zu den Sicherheitsbehörden. Laut Prange dürfe die Polizei nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Speit meint dazu, dass die Strukturen in Bundeswehr und Polizei einem eher autoritären Charakter entsprächen. Dass die IB nun durch den Verfassungsschutz beobachtet werde, wertet Speit aber als politisches Signal, auf das man aufbauen könne.